

Dringlichkeitsantrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller KO Dominik Oberhofer) betreffend:

Mehr direkte Demokratie - Hürden für Bevölkerungsbeteiligung senken

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, auf Landes- und Gemeindeebene sowie in der Stadt Innsbruck die derzeit erforderlichen Quoren für Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Petitionen soweit zu senken, dass eine echte Bürger:innenbeteiligung ermöglicht wird, jedenfalls aber um mindestens die Hälfte.“

Zuweisungsvorschlag:

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem Ausschuss für Wohnen, Raumordnung, Rechts- und Gemeindeangelegenheiten zugewiesen werden.

Begründung:

Egal ob bei der Novellierung des Innsbrucker Stadtrechtes oder beim Fernpass, überall wird derzeit in Tirol die Bürger:innenbeteiligung weiter zurück gedrängt, anstatt ausgebaut. Schuld ist daran der derzeitige politische Unwille, bei wichtigen Themen, wie zum Beispiel dem Fernpasspaket, die Bevölkerung miteinzubinden. Durch derzeit geltende Gesetze wird es den Bürger:innen aber durch schwer zu erreichende Voraussetzung zusätzlich massiv erschwert, selbst Befragungen oder Abstimmungen zu initiieren. So braucht es momentan beispielsweise 7.500 beglaubigte Unterstützungserklärungen auf Landesebene, um eine Volksbefragung oder

Volksabstimmung überhaupt zu starten! Danach müssen die Ergebnisse lediglich veröffentlicht werden. In Innsbruck braucht es nach der Novellierung des Stadtrechtes die Unterstützung in Höhe der Wahlzahl (knapp 1.200), damit eine Volksbefragung oder Bürgerinitiative überhaupt eingereicht werden kann und dann die Unterstützung von der 5fachen Wahlzahl, damit dieses Bürger:innenanliegen im Gemeinderat behandelt wird. In der Gemeinde sind es ein Sechstel der Wahlberechtigten, die eine Volksbefragung veranlassen könnten. Die Hürden für die Partizipation sind also auf allen Ebenen unterschiedlich, aber immer sehr hoch und schwer zu überwinden. Gemeinsam haben alle eines: Die Ergebnisse sind, egal wie hoch die Beteiligung war, für die Politik nicht binden. Das hat auch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes nach einem Fall in Vorarlberg bestätigt. Deshalb ist es unumgänglich, zumindest die derzeit gültigen Quoren auf allen Ebenen zu senken, um zumindest den Bürger:innen die Möglichkeit zu erleichtern, ihre Anliegen an die Politik über einen offiziellen Weg heranzutragen.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass es eine rasche Änderung der Gesetze braucht, um echte Bürger:innenbeteiligung zu ermöglichen.

Innsbruck, am 12.03.2024

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Zugl' followed by a long horizontal line.

Zugl Obermüller